

Kleine Anfrage

**der Abgeordneten Weigl, Bürgermeister, Dr. Jahn
(Braunschweig), Schlager, Schlee und Genossen**

betr. Förderung des Zonenrandgebietes

Mit dem vom Bundestag am 1. Juli 1965 einstimmig angenommenen Antrag – Drucksache IV/3016 – wurde die Bundesregierung ersucht, Maßnahmen zur zusätzlichen Förderung des Zonenrandgebietes zu ergreifen. In dem Bericht des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen – Drucksache IV/3668 – wurde hierzu festgestellt, daß das Zonenrandgebiet bei der Vergabe öffentlicher Aufträge bevorzugt zu berücksichtigen sei.

Zu den öffentlichen Aufträgen sind auch die Aufträge anderer Staaten zu rechnen, die mit Mitteln der Bundesregierung für Kapitalhilfe finanziert werden.

In zahlreichen, im Bundesanzeiger veröffentlichten Regierungsabkommen über Kapitalhilfe hat die Bundesregierung bereits zum Ausdruck gebracht, sie lege besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

Ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß in ihren Abkommen mit den Regierungen anderer Staaten über die Gewährung von Kapitalhilfe eine Vereinbarung aufgenommen wird, daß die Empfänger der Hilfe bei ihren Aufträgen auch die Erzeugnisse des deutschen Zonenrandgebietes bevorzugt berücksichtigen?

Bonn, den 17. Mai 1968

Weigl
Bürgermeister
Dr. Jahn (Braunschweig)
Schlager
Schlee
Dichgans
Frieler
Hösl

Kühn (Hildesheim)
Dr. Schulze-Vorberg
Dr. Sinn
Dr. Steinmetz
Storm
Wagner
Baron von Wrangel
Ziegler